

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

DEMOKRATIE – GEWERKSCHAFTEN

„Kein Spielraum!“, „nicht verhandelbar!“, das sind die Antworten, die die öffentlichen Arbeitgeber den 1,3 Millionen Beschäftigten im Öffentlichen Dienst von Bund, und Kommunen und ihrer Gewerkschaft ver.di entgegenschleudern – und das nach drei Nullrunden, die die Beschäftigten seit 2004 wegen der Verteuerungen mit spürbarem Kaufkraftverlust bezahlt haben.

Die Kommunalen Arbeitgeber warnen mit dem Verweis auf die hohe Verschuldung der Städte und Gemeinden vor „unfinanzierbaren“ Gehaltserhöhungen und drohen mit weiteren drastischen Einschnitten bei den Leistungen, mit Privatisierungen und Personalabbau, sowie mit Tarifflicht.

Muss man daran erinnern, dass gleichzeitig ein enormer „Spielraum“ für die Bereitstellung von Milliardensummen an die Banken existiert, die Milliardenwerte in der Spekulation vernichtet haben und nun zur Vermeidung von Zusammenbrüchen mit „frischem“ Geld versorgt werden müssen? (Dazu ein Beispiel: 2 Milliarden würde die 8%-Forderungen von ver.di, einschließlich der 10% Forderung des Marburger Bunds für die Ärzte, betragen. Allein 5 Milliarden öffentliche Gelder hat bisher der Bund für die Verluste der IKB in der Spekulation aufgebracht.)

Nach der Ruinierung der öffentlichen Haushalte durch immer neue Steuererleichterungen und Abgabenbefreiungen für die Unternehmer und Banken, sowie in Folge des industriellen Kahlschlags, diktiert die EU eine drastische Haushaltskonsolidierungspolitik: Bund, Länder und Kommunen sehen sich gezwungen, sich von immer größeren Bereichen ihrer staatlichen Aufgaben zu verabschieden.

Seit 1991 wurden fast 1,5 Millionen Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst abgebaut; die Einrichtungen und Betriebe der Öffentlichen Daseinsvorsorge wurden und werden – den Anforderungen des Maastrichter Vertrags folgend – in den Wettbewerb gestoßen oder verkauft, privatisiert, und soziale Leistungen drastisch verteuert

oder ganz fallen gelassen. Unter dem EU-Gebot zur Haushaltskonsolidierung und zum „freien und unverfälschten Wettbewerb“ bleibt kein Platz für Forderungen nach einem Lohn zum Leben, für gewerkschaftliche Tarifverträge, für die Gewerkschaften.

So ist z.B. die Situation bei den Krankenhäusern besonders dramatisch. Im Rahmen der Gesundheits„reform“ (zur Senkung der öffentlichen Ausgaben im Gesundheitswesen) wurden die Ausgaben



Berlin: Streikende BVG-Fahrer

der kommunalen Krankenhäuser gedeckelt, sie dürfen 2008 nicht mehr als 0,64% steigen. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) spricht davon, dass die Arbeitsplätze von 40.000 Klinikärzten und 66.000 Pflegekräften in Gefahr seien. Die gesetzliche Deckelung könne zur Spaltung des Flächentarifvertrags im Öffentlichen Dienst führen, da unter diesen Umständen die Verhandlungen für die Krankenhäuser von den übrigen Tarifgesprächen abgekoppelt werden müssten, so Rudolf Köster, Vorstandschef der DKG.

Auch die Regionalverbände der kommunalen Arbeitgeber drohen angesichts der großen regionalen Unterschiede, – eine Folge des Ausstiegs der Länder aus dem alten Arbeitgeberverband 2005 –, mit einem Ausscheren aus dem bundesweit einheitlichen Flächentarifvertrag und einem Einschwenken auf den Kurs ihrer jeweiligen Länder.

Verantwortliche Sozialdemokraten

haben die Forderungen der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst und ihrer Gewerkschaft ver.di unterstützt.

Ist es nicht die Aufgabe aller SozialdemokratInnen, für das Recht auf Lohnforderungen, für die Respektierung des gewerkschaftlichen Flächentarifvertrags, die Ablehnung jeder Tarifflicht und die Respektierung der unabhängigen, freien Gewerkschaften, d.h. dem Grundpfeiler der Demokratie, einzutreten?

GewerkschaftskollegInnen und SozialdemokratInnen haben vorgeschlagen, sich mit Briefen und Delegationen für diese Forderungen an die verantwortlichen SozialdemokratInnen zu wenden, insbesondere auch dort, wo sie als öffentliche Arbeitgeber in der Verantwortung sind.

Das aber verlangt auch, dass die SPD-Verantwortlichen die Entscheidung treffen, sich dem Diktat der EU zur Haushaltskonsolidierung, die den Sozialstaat und die Demokratie aushöhlt, entgegen zu stemmen. Das verlangt, Nein zu sagen zum Lissabon-Vertrag, der die Forderung der EU nach Kürzung der öffentlichen Haushalte noch verschärft. – CARLA BOULBOULLÉ

Aus dem Inhalt

ZUM STREIK im Öffentlichen Dienst, bei der BVG...

HESSEN: Eine SPD-geführte Regierung – für den politischen Wechsel

INTERVIEW mit einem rumänischen Kollegen zur Verlagerung von Nokia

Beiträge von der europäischen Arbeitnehmerkonferenz, Paris, 2./3. 2. 2008